

Kollektives Arbeitsrecht I

Grundrecht der Koalitionsfreiheit

I. Grundrecht der Arbeitsverfassung

Art. 9 Abs. 3 GG gewährleistet nicht nur, wie sich unmittelbar aus dem Verfassungstext ergibt, die individuelle Koalitionsfreiheit, sondern schützt auch die Koalitionen in ihrem Recht auf verbandsautonomen Stand und zur spezifisch koalitionsgemäßen Betätigung.

BVerfGE 4, 96 (101 f., 106); 17, 319 (333); 18, 18 (25 f.); 19, 303 (312); 28, 295 (304); 50, 290 (367); 57, 220 (245); 58, 233 (246); 84, 212 (224); 93, 352 (357); 94, 268 (282 f.); 100, 214 (221).

II. Koalitionsfreiheit als Individualgrundrecht

1. Freiheitsrecht mit sozialer Zwecksetzung

Die Koalitionsfreiheit ist in erster Linie ein Freiheitsrecht.

BVerfGE 50, 290 (367).

2. Grundrechtsträger

Grundrechtsträger sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber in ihrem antagonistischen Interessengegensatz. Für den Arbeitnehmerbegriff ist das Merkmal unselbständiger Arbeit prägend. Nicht erforderlich ist, daß die Beschäftigung auf arbeitsvertraglicher Grundlage erfolgt; sie kann vielmehr auch nach öffentlich-rechtlichen Grundsätzen geordnet sein.

Auf der Arbeitgeberseite ist Grundrechtsträger nicht nur der Arbeitgeber als Vertragspartner des Arbeitnehmers, sondern auch derjenige, der Inhaber des die Arbeitgeberschaft vermittelnden Produktiveigentums ist.

Vgl. dazu BVerfGE 50, 290 (373).

Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit umfaßt nicht nur die positive, sondern auch die negative Koalitionsfreiheit.

BVerfGE 50, 290 (367); 55, 7 (21); 57, 220 (245).

III. Verfassungsgarantie der kollektiven Koalitionsfreiheit

1. Grundsatz

Wegen Aufnahme des Vereinigungszwecks in den Schutzbereich des Grundrechts der (individuellen) Koalitionsfreiheit Schutz der Koalition in ihrem Bestand, ihrer organisatorischen Ausgestaltung und ihrer Betätigung. - Koalitionsfreiheit als Doppelgrundrecht; so jedenfalls BAGE 20, 175 (210); a.A. *Rupert Scholz*, Koalitionsfreiheit als Verfassungsproblem, 1971: Ausübungsgarantie des Individualgrundrechts.

Es ist Sache des Gesetzgebers, die Befugnisse der Koalitionen im einzelnen auszugestalten und näher zu regeln.

BVerfGE 19, 303 (321); 28, 295 (306); 50, 290 (368); 57, 220 (246); 58, 233 (247); modifiziert für den Arbeitskampf durch BVerfGE 84, 212 (226), 92, 365 (394: „Ausgestaltung durch die Rechtsordnung).

2. Koalitionsbestandsgarantie

Das Recht auf verbandsautonomen Bestand umfaßt

- a) Organisationsform,
- b) Ausgestaltung der verbandsinternen Organisation
- c) koalitionsspezifische Verhaltensweisen für die Erhaltung und Sicherung der Koalition - BVerfGE 93, 352 (358 ff.) unter Aufgabe der Kernbereichsthese, wie ursprünglich in der Formulierung, daß Betätigungen geschützt seien, "die für die Erhaltung und Sicherung der Existenz der Koalition unerlässlich sind". - BVerfGE 28, 295 (304); bestätigt BVerfGE 57, 220 (246).

Verfassungsrechtlich garantiert ist die Mitgliederwerbung und Informationstätigkeit im Betrieb.

BVerfGE 28, 295 (304 ff.); 93, 352 (358 ff.).

Daraus folgt aber nicht, daß der Arbeitnehmer zu diesem Zweck Arbeitszeit in Anspruch nehmen darf. Auch die Inanspruchnahme des Arbeitgebereigentums zu diesem Zweck scheidet aus.

BAG AP Nr. 30 zu Art. 9 GG.

Den Anspruch auf Information und Mitgliederwerbung im Betrieb hat neben ihren betriebsangehörigen Mitgliedern auch die Gewerkschaft selbst.

BAGE 19, 217 = AP Nr. 10 zu Art. 9 GG; BAG AP Nr. 11 zu Art. 9 GG.

Eine Gewerkschaft hat aber nicht das Recht, zu diesem Zweck betriebsfremde Gewerkschaftsbeauftragte in den Betrieb zu entsenden.

BVerfGE 57, 220.

Eine Gewerkschaft kann deshalb ihr Recht auf Selbstdarstellung im Betrieb nur durch Mitglieder ausüben, die dem Betrieb angehören.

3. Koalitionsbetätigungsgarantie

Mit der Freiheit des Zusammenschlusses zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen gewährleistet Art. 9 Abs. 3 GG zugleich die Freiheit der gemeinsamen Verfolgung dieses Zwecks durch spezifisch koalitionsgemäße Betätigung.

a) Unter die Verfassungsgarantie fällt deshalb die Tarifautonomie; denn ein wesentlicher Koalitionszweck ist insbesondere die Beteiligung der Koalitionen an der Privatautonomie zur Sicherung der Interessen ihrer Mitglieder an der Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen i. S. des Art. 9 Abs. 3 GG.

BVerfGE 4, 96 (106 ff.); 18, 18 (26 f., 28); 44, 322 (340 f.); 58, 233 (246 f.); 84, 212 (225).

Zur Herstellung und Wahrung eines Verhandlungsgleichgewichts der Tarifvertragsparteien werden Streik und Aussperrung von der Koalitionsfreiheit erfaßt.

Vgl. BVerfGE 84, 212 (225 ff.) - Aussperrung; BVerfGE 88, 103 ff. - Streik (Beamtenstreik); BVerfGE 92, 365 ff. - Staatsneutralität.

Die für den Einsatz von Arbeitsk Kampfmaßnahmen geltenden Regeln müssen nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts nicht auf einem formellen Gesetz beruhen, soweit es sich um Streitigkeiten zwischen den Tarifvertragsparteien handelt. Es genüge vielmehr, sei andererseits aber auch erforderlich, daß die Gerichte "das materielle Recht mit den anerkannten Methoden der Rechtsfindung aus den allgemeinen Rechtsgrundlagen ableiten".

BVerfGE 84, 212 (226).

b) Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit gewährleistet das Tarifvertragssystem nicht als ausschließliche Form zur Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen.

BVerfGE 50, 290 (371).

Soweit der Gesetzgeber eine Mitbestimmungsordnung schafft, hat er aber zu beachten, daß die Freiheit der Koalitionsbetätigung auch in ihr wirksam werden kann. Die Koalitionsbetätigung ist deshalb auch in der Betriebsverfassung, der Personalvertretung und der unternehmensbezogenen Mitbestimmung durch Art. 9 Abs. 3 GG gewährleistet.

So für die Personalvertretung bereits BVerfGE 19, 303 (320 f.); für die Betriebsverfassung BVerfGE 50, 290 (372); vor allem BAG 24.2.1999 AP Nr. 18 zu § 20 BetrVG 1972 = NZA 1999, 713 ff.

Außerdem ist der Gestaltung der Mitbestimmungsordnung durch den Gesetzgeber insoweit eine Grenze gezogen, als die Gegnerunabhängigkeit als Funktionsvoraussetzung der Tarifautonomie gewahrt bleiben muß.

BVerfGE 50, 290 (373).